

Deutsch-französische Industriepolitik

Mehr als Illusionen?

HENRIK UTERWEDDE*

Wer das monatelange deutsch-französische Frühjahrs- und Sommertheater um Sarkozy und Aventis, Alstom und Siemens verfolgt hat, reibt sich die Augen und fragt sich, welches Stück eigentlich gespielt worden ist. War es „Bonjour, Monsieur Colbert“ (so „Die Zeit“ vom 6. Mai 2004)? Es ist wahr, dass der ehrenwerte Jean-Baptiste Colbert, Symbol für die französische Variante des Merkantilismus, im deutschen Blätterwald eine ungeahnte Renaissance erlebt hat. In der Tat erinnert das rüde Vorgehen Nicolas Sarkozys, der mit wenig Rücksichtnahme und noch weniger Feingefühl „französische“ Lösungen im Falle der Fusion von Aventis und Sanofi sowie der Sanierung von Alstom durchgesetzt hat, fatal an den hierzulande verabscheuten, aber inzwischen überwunden geglaubten Colbertismus. Oder wohnten wir einer Vorstellung von „Gerhard Colbert“ bei (so die „Financial Times Deutschland“ vom 21. Mai 2004)? Denn bei genauerem Hinsehen, so die Analyse, sei auch der Kanzler längst dem Bazillus interventionistischer Industriepolitik und des Versuches, nationale „Champions“ zu schaffen, verfallen.

Wahrscheinlicher ist, dass wir Zeugen einer drittklassigen Vorstellung (bei erstklassiger Besetzung) von „Viel Lärm um Nichts“ gewesen sind. Aber da, wie Theaterkritiker

versichern, auch die schlechtesten Stücke noch Erkenntnisse liefern können, sollten wir das Ganze als Lehrstück nehmen: über das, was deutsch-französische Industriepolitik sein kann und was nicht, was Sinn macht und was Unsinn ist. Dann kann auch wieder der Blick frei werden für diejenigen Felder, in denen eine gemeinsame Politik für den Standort Europa notwendig ist und in denen auch Ansätze in der Zusammenarbeit existieren.

Nationale oder europäische Champions?

Zunächst, in aller Kürze, die Fakten: Im Falle des deutsch-französischen Chemiekonzerns Aventis startete die französische Gruppe Sanofi-Synthelabo am 26. Januar 2004 ein feindliches Übernahmeangebot. Dagegen favorisierte Aventis-Chef Igor Landau mit Unterstützung seiner Aktionäre eine Allianz mit dem Schweizer Konzern Novartis. Die nun folgenden Verhandlungen wurden allerdings fast von Beginn an durch massive politische Einflussnahmen der französischen Regierung begleitet, die aus ihrer Präferenz für eine „französische“ Lösung keinen Hehl machte. Nun begann ein französisches Doppelspiel, das in Berlin für erheblichen (und

* Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg.

berechtigten) Ärger sorgen sollte: Während einerseits Jacques Chirac gegenüber dem Bundeskanzler am 9. Februar bekräftigte, dass der Übernahmekampf eine privatwirtschaftliche Angelegenheit sei und eine staatliche Einmischung nicht infrage komme, tat die französische Regierung in Wirklichkeit alles, um Aventis in die Arme von Sanofi zu treiben, und schreckte dabei auch vor massivem Druck nicht zurück.¹ Denn, so erklärte Premierminister Raffarin, die Bildung eines großen Pharmakonzerns sei „von strategischer Bedeutung für Frankreich“. Schließlich, nachdem die Regierung Aventis und Sanofi am 23. April nochmals „im nationalen Interesse“ zur Fusion gedrängt und ein Spitzengespräch der Beteiligten herbeigeführt hatte, gab der Aventis-Aufsichtsrat nach und billigte am 25. April das Übernahmeangebot des Konkurrenten. Die deutsche Seite machte – jedenfalls öffentlich – gute Miene zum bösen Spiel, auch weil sie nur wenig direkte Wirkungsmöglichkeiten gegenüber den unmittelbar Beteiligten hatte.

Aber der zweite unfreundliche Akt folgte auf dem Fuße, als im Zuge der notwendigen Sanierung des Eisenbahnbauers Alstom die EU-Kommission der französischen Regierung eine Reihe von Auflagen machte, eine rein französische Lösung untersagte und einen Zusammenschluss mit einem ausländischen Partner verlangte. Als in diesem Zusammenhang Siemens seinen Hut in den Ring warf und Interesse an einem Einstieg bekundete, wurde dies vom neuen Finanz- und Wirtschaftsminister Nicolas Sarkozy rüde zurückgewiesen. Dessen – überwiegend innenpolitisch motiviertes und umso demonstrativer vorgetragenes – Credo, Alstom müsse „französisch“ bleiben, löste dann jene Reaktionen von Wolfgang Clement und Gerhard Schröder aus, die in des Kanzlers Vorwurf gipfelten, Sarkozy betreibe eine „nationalistische“ Politik.²

Zwar lief gleichzeitig die deutsch-französische Kooperationsmaschinerie auf Hoch-

touren, um eine weitere Eskalation zu vermeiden: So erfuhr die staunende Öffentlichkeit, dass Paris und Berlin sich am 13. Mai darauf geeinigt hätten, grenzüberschreitende Fusionen mit dem Ziel der Bildung europäischer Spitzenunternehmen („Champions“) anzustreben, und dass dabei deutsch-französische Fusionen eine Motorenrolle spielen sollten. Zu diesem Zweck wurde ein industriepolitisches Gipfeltreffen unter Einschluss der Wirtschaftsminister für Anfang Juni in Aussicht gestellt. Aber dieser Gipfel ist angesichts der gereizten Stimmung mehrfach verschoben worden. Wenn er – vielleicht – im Herbst stattfinden sollte, dürfte die Luft aus den ehrgeizigen Proklamationen heraus sein, und das ist gut so.

Lehren aus Aventis und Alstom

Denn wenn man eine Lehre aus diesen beiden, politisch aus dem Ruder gelaufenen Fällen ziehen kann, dann die, dass die Verquickung politischer und unternehmerischer Logik ebenso wenig hilfreich ist wie die übersteigerte Erwartung an eine deutsch-französische Unternehmenskooperation und die Bildung deutsch-französischer „Champions“.

Dabei ist die Frage, wie man im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum eine europäische Unternehmenslandschaft entwickeln kann, zu der auch große europäische „Champions“ zählen, durchaus legitim. Man kann sich fragen, warum bislang nur wenige solche Champions entstanden sind und die europäischen Spitzenunternehmen offensichtlich Allianzen und Fusionen mit Firmen außerhalb Europas vorziehen. Liegt es daran, wie dies Yves Kerdrel in der Wirtschaftszeitung „Les Echos“ vermutet, dass sie die Wachstumsmärkte in Amerika, Asien und anderswo suchen? An den europäischen Wettbewerbsregeln, die Fusionen streng auf marktbeherrschende Auswirkungen hin untersuchen? Oder daran, dass sich die Unternehmen in Europa kulturell „zu ähnlich“ sind?³ Auf je-

den Fall sind hier unternehmerische Logiken und Strategien bestimmend, die die eigene Positionierung im Rahmen globaler Märkte und Konkurrenzverhältnisse verfolgen; ferner ist nicht zu übersehen, dass in vielen Fällen eine erhebliche Rivalität zwischen europäischen und oft auch deutschen und französischen Unternehmen herrscht. Allerdings läuft eine einseitige Fixierung auf die großen europäischen Champions Gefahr, die sich real vollziehende Europäisierung der Unternehmenslandschaft aus den Augen zu verlieren. Analysen der grenzüberschreitenden Fusionen und Akquisitionen der vergangenen Jahre zeigen einhellig, dass die Mehrheit aller erfassten transnationalen Fusionen und Aufkäufe innerhalb Europas stattfinden; bei den größten Unternehmen ist gleichermaßen eine Tendenz zur Europäisierung wie zur Globalisierung festzustellen.⁴

Ein ähnliches Bild ergibt sich übrigens im deutsch-französischen Bereich. Etwa 2 400 deutsche Unternehmen sind in Frankreich tätig; sie beschäftigen circa 200 000 Menschen und erzielen einen Umsatz von rund 60 Milliarden Euro. Umgekehrt gibt es in Deutschland gut 1 000 französische Firmen mit 170 000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von rund 46 Milliarden Euro.⁵ Dagegen ist die Zahl symbolträchtiger deutsch-französischer Großunternehmen, die immer wieder als beispielhaft zitiert werden, verschwindend gering. EADS ist so ein Vorzeigunternehmen, Aventis, dessen Geburt aus der Fusion von Hoechst und Rhône-Poulenc damals überschwänglich gefeiert wurde, jetzt sicher nicht mehr. Es ist auch die Frage, warum es ausgerechnet deutsch-französische „Elefantenhochzeiten“ geben sollte. Denn die Fusionen und Allianzen der Firmen folgen einer unternehmerischen, auf den Weltmarkt ausgerichteten und nicht einer politischen Logik deutsch-französischer Kooperation. Ob Siemens oder Alstom, Deutsche Telekom oder France Télécom: Häufig handelt es sich um Unternehmen, die in har-

ter Konkurrenz zueinander stehen, gleichermaßen einen Führungsanspruch in Europa anmelden können und sich insofern eher im Wege stehen. So ist die Liste gescheiterter deutsch-französischer Großfusionen und -kooperationen lang – länger jedenfalls als die der erfolgreichen Hochzeiten.⁶

Auf diese Logik politisch einwirken zu wollen, ist nicht nur fragwürdig, sondern auch wenig erfolgversprechend. Dies funktioniert allenfalls dort, wo – etwa im Rüstungsbereich – erhebliche staatliche Einflussnahme über öffentliche Aufträge in die Waagschale geworfen werden kann. Aber auch dann ist die politische Logik nicht unbedingt kooperationsfördernder, denn mehr als einmal hat man sich zwischen Paris und Bonn/Berlin über Standortentscheidungen und lukrative Produktionsanteile, etwa im Rahmen der Airbus-Zusammenarbeit, gestritten. Ob in diesem Zusammenhang die neuerdings besonders von Paris propagierte Schaffung einer „EADS der Werften“ – eine deutsch-französische, später eventuell auf italienische Partner erweiterte Werftenfusion im Bereich des Militärschiffbaus – wie auch einer „EADS des Flugzeugmotorenbaus“ wirklich Erfolg haben kann, stimmt nach den bisherigen Erfahrungen und angesichts durchaus divergierender Interessenlagen der beteiligten Firmen skeptisch.⁷

Nationale Interessenpolitik

Allen politischen Sonntagsreden über „europäische Champions“ zum Trotz ist letztlich der nationale Egoismus entscheidend und nicht der Wille zur Zusammenarbeit. Dies in aller brutalen Deutlichkeit einmal mehr gezeigt zu haben, ist das eigentliche „Verdienst“ von Nicolas Sarkozy. Man kann trefflich darüber streiten, ob eine solche Strategie auf nationaler Ebene Sinn macht oder nicht; Tatsache ist, dass es nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland zahlreiche Beispiele gibt für Praktiken, wichtige Unterneh-

men in nationalem Aktionärsbesitz zu halten. Nicht immer wird dies auf dem offenen Markt ausgetragen wie bei Gerhard Schröders Versuch, der Deutschen Bank die (noch staatliche) Postbank zum Kauf anzudienen. Die „Deutschland AG“ mit ihren zahlreichen Interessenverflechtungen zwischen Banken, Versicherungen und Industrie hat so manchen Übernahmeversuch ausländischer Interessenten in diskreter Form abwehren und eine „nationale“ Lösung finden können. Insofern ist mancher Zorn auf den französischen „Nationalismus“ heuchlerisch. Die Verurteilung der französischen „Colbertisten“ sollte auch nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, dass das Kapital der großen Unternehmen in unserem Nachbarland in einem Maße geöffnet ist, wie dies in Deutschland bislang kaum denkbar wäre: 36,5 Prozent des Aktienkapitals aller börsennotierten Unternehmen ist in den Händen ausländischer Anleger, das ist fast doppelt so viel wie in Deutschland.⁸ Dass dies Ängste weckt und die Frage nach der „Nationalität der Unternehmen“⁹ provoziert, ist durchaus verständlich. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die Politik staatlicher Konzentrationsförderung und Geburtshilfe für nationale Champions, in den 1960er Jahren erfunden und heute wieder aufgewärmt, im Zeitalter der Globalisierung mit Sicherheit nicht die beste Antwort auf dieses reale Problem ist. Die französische Diskussion zu diesem Thema ist auch schon weiter, als es die gaullistische Pose Sarkozys vermuten lässt, und empfiehlt in erster Linie verbesserte Rahmenbedingungen oder auch Pensionsfonds à la française, um mehr französisches Anlagekapital bilden zu können.¹⁰

Auf jeden Fall ist, was die europäische Ebene angeht, dem VW-Chef Bernd Pitschesrieder zuzustimmen, wenn er in aller Offenheit die europäischen Champion-Pläne für „Nonsens“ erklärt und der Politik rät, sich aus derartigen unternehmerischen Plänen herauszuhalten.¹¹ Vielleicht hatten diese Argumente

Erfolg beim Bundeskanzler, der auf den VW-Chef zu hören pflegt? Man kann nur hoffen, dass die politische Kooperation zwischen unseren Ländern sich schnellstens von dieser Art fragwürdiger Symbolpolitik verabschiedet und sich wieder den wirklich wichtigen Feldern einer gemeinsamen Standortpolitik für Europa zuwendet.

Es bleibt ein erheblicher Flurschaden. Die französischen Verantwortlichen, allen voran Nicolas Sarkozy, haben der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der französischen Wirtschaftspolitik in der EU erheblichen Schaden zugefügt. Künftig wird man noch mehr als bisher hinter wohlklingenden europäischen Projekten harte nationale Interessenpolitik vermuten. Aber auch Berlin, das zumindest streckenweise, wenngleich halbherzig den Champion-Diskurs mitgetragen hat, und damit ebenfalls die Strahlkraft der deutsch-französischen Zusammenarbeit, gehen nicht gestärkt aus diesen Affären hervor. Dies schwächt unnötig deutsch-französische Positionen auch dort, wo sie vernünftig und notwendig sind, um den Standort Europa zu stärken und das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell zu erneuern.

Initiativen für den Standort Europa

Über dem Pulverdampf, den die Affären um Aventis und Alstom verbreitet haben, ist zu Unrecht aus dem Blickfeld geraten, was beide Länder in den vergangenen Monaten an industrie- und standortpolitischen Initiativen produziert haben. Sie zielen allesamt auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns in der EU.

Ausgangspunkt war, wie auch in anderen Bereichen, die Relance der deutsch-französischen Kooperation im Zuge des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages. Schon kurz danach unterzeichneten Industrieministerin Nicole Fontaine und der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Georg Wilhelm Adamowitsch, eine

Erklärung über die künftigen Schwerpunkte ihrer Zusammenarbeit. Neben einer vereinbarten engen Kooperation und der Einsetzung von gemeinsamen Arbeitsgruppen ist inhaltlich interessant, dass eine europäische Industriepolitik – traditionell immer ein Streitpunkt zwischen beiden Ländern – zu einer gemeinsamen Aufgabe erklärt wurde.¹²

Aber welche Industriepolitik? Der Begriff hat eine Umdeutung erfahren. Es geht nicht mehr um Sektorenpläne, Strukturprotektion oder „Hightech-Colbertismus“, sondern um Forschung und Innovation, um die Attraktivität der Standorte, um Investitionen und große Technologieprojekte, wobei ausdrücklich Bezug auf offene Märkte und das Wettbewerbsprinzip genommen wird. Darüber hinaus definieren beide Partner jetzt explizit ihre gemeinsamen Interessen als große Industriestaaten; sie warnen vor Deindustrialisierung und wollen die Interessen der industriellen Produzenten offensiver in Brüssel vertreten. Günstige Rahmenbedingungen für die europäische Industrie heißt das Schlagwort, und dies ist konkret eine Spitze gegen manche Brüsseler Regelungen im Bereich des Gesundheits- und Umweltschutzes, der Wettbewerbsregeln, der staatlichen Beihilfen oder auch der bürokratischen Hemmnisse.¹³

Industriepolitik als Lobby für die Produzenten gegen „überzogenen“ Umwelt- und Verbraucherschutz: Schon Schröder und Chirac hatten das Thema aufgegriffen und im Februar 2003 gemeinsam mit Tony Blair einen Brief an die griechische Ratspräsidentschaft formuliert, in dem sie „Maßnahmen zur Unterstützung einer international wettbewerbsfähigen Industrie“ einforderten.¹⁴ Ein Jahr später wiederholten sie ihren Vorstoß in einem weiteren Brief. Konkret wurde ein Abbau bürokratischer Maßnahmen in Brüssel angemahnt, „die Wettbewerb und Innovation über Gebühr hemmen“, ferner eine Überprüfung der EU-Beihilferegeln, um den Mitgliedstaaten bessere Möglichkeiten zur Unterstützung innovativer Klein- und Mittel-

unternehmen zu geben, eine Auslegung der Wettbewerbsregeln, die die Eigenheiten „der erforderlichen industriellen Entwicklung stärker berücksichtigt“, sowie eine Art genereller Folgenabschätzung, mit der neue Maßnahmen der EU auf ihre Verträglichkeit mit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen überprüft werden sollen. Die Liste gipfelte in der Forderung nach der Ernennung eines ausschließlich für die Fragen der Wirtschaftsreform zuständigen Vizepräsidenten der Kommission – ein Anliegen, aus dem bekanntlich nichts geworden ist.¹⁵ Auch der deutsch-französische Ministerrat vom 18. September 2003 stieß ins gleiche Horn: Eine Reihe von Initiativen der EU-Kommission (Chemie-Richtlinie, Initiative zur Erhöhung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Emissionshandelsrichtlinie) wurde unter Verweis auf legitime Interessen der jeweiligen Produzenten kritisiert.¹⁶

Die erneuerte bilaterale Kooperation fand ferner ihren Niederschlag in der Veranstaltung eines großen Kongresses: die „erste deutsch-französische Tagung für eine wettbewerbsfähige Industrie“ am 19. Januar 2004 in Paris. Diese von beiden Ministerien in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden BDI und Medef sowie dem Dachverband der französischen Industrie- und Handelskammern durchgeführte Veranstaltung brachte über 300 Unternehmer und Experten beider Länder zusammen, um über die Attraktivität der Standorte, die Wettbewerbsfähigkeit, die in beiden Ländern anstehenden Strukturreformen, die Lissabon-Strategie sowie mögliche Projekte zur industriellen Dynamisierung Europas zu debattieren.¹⁷ 2005 soll in Deutschland die zweite Tagung stattfinden.

Die Stärke dieser Veranstaltung lag darin, dass sie die ganze Breite der bereits bestehenden und der noch nicht genutzten konkreten Kooperationsfelder angesprochen hat, die für eine gemeinsame Industrie- und Standortpolitik bedeutsam sind. Sie hat im Übrigen bestätigt, dass – unbeschadet des Konflikts um

die „Champions“ – die Grundauffassungen der politischen und wirtschaftlichen Akteure beider Länder im Wesentlichen nahe beieinander liegen.¹⁸

Vorrang für bessere Rahmenbedingungen

Es geht zum einen um die Gestaltung der Rahmenbedingungen, also um die Ausgestaltung der europäischen Wirtschafts- und Sozialordnung. Hier vertreten gerade Deutschland und Frankreich ein europäisches Sozialmodell, das ein Gleichgewicht zwischen Wettbewerb und Marktregulierung einerseits, sozialem und territorialem Zusammenhalt andererseits anstrebt. Kristallisiert hat sich diese Haltung unter anderem in der Frage, welchen Spielraum öffentliche Dienstleistungen im Rahmen einer marktwirtschaftlichen, auf Wettbewerb gegründeten Wirtschaftsordnung haben. Aber auch andere Bereiche der EU-Politik sind angesprochen, etwa die Steuerharmonisierung, die Beschäftigungs- und Sozialpolitik und das Unternehmensrecht.

Ein weiteres Thema ist die Ausgestaltung des EU-Binnenmarktes. Hier sehen beide Regierungen noch Nachholbedarf, etwa wenn es um den Zugang von Klein- und Mittelbetrieben zum öffentlichen Auftragswesen geht. Auch die Frage, ob das gegenwärtige EU-Wettbewerbsrecht mit der als notwendig angesehenen Herausbildung europäischer Großunternehmen kompatibel ist, wird diskutiert.

Des Weiteren ist der gesamte Bereich der Lissabon-Strategie angesprochen, also des 2000 in der portugiesischen Hauptstadt proklamierten Zieles, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Hier sind zwar in erster Linie die nationalen Regierungen und Akteure gefragt, um ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme zu reformieren und sich stärker auf die Wissensgesell-

schaft und Wissensökonomie auszurichten. Aber eine flankierende, aktive Forschungs- und Innovationspolitik auf EU-Ebene erscheint sinnvoll.¹⁹ In diesem Zusammenhang haben sich beide Regierungen im September 2003 auch für europaweite Projekte ausgesprochen, die die Infrastrukturen und die Wachstumsbedingungen in Europa verbessern sollen: etwa in der Telekommunikation, in Forschung und Entwicklung, Transport und Verkehr sowie im Bereich des nachhaltigen Wachstums.²⁰

Ein neuer Akzent wird schließlich auf die Vernetzung der Akteure gelegt. Hier kann das enge deutsch-französische Netz der Partnerschaften und Kooperationen eine Vorbild- und Pilotfunktion übernehmen. Es geht zum einen um den großen Bereich der Mobilität der Personen, um gemeinsame Aus- und Fortbildungsgänge: So werden in den zahlreichen integrierten Studiengängen unter dem Dach der Deutsch-Französischen Hochschule Führungskräfte von morgen ausgebildet, die besonders gut gerüstet sind, sich in einem Europa der Vielfalt zu bewegen und zu arbeiten. Es geht auch um die Konstituierung und Förderung gemeinsamer Kompetenznetzwerke, gerade im Bereich Forschung und Innovation. Hier sei – neben zahlreichen anderen Kontakten und Projekten zum Beispiel der Wirtschaftsverbände – beispielhaft auf die vom Bundesminister für Bildung und Forschung in Kooperation mit dem VDI Technologiezentrum und der DATAR eingerichtete Kooperationsbörse verwiesen.²¹ In diesem Zusammenhang könnte auch die im Oktober 2003 mit dem „Poitiers-Prozess“ gestartete Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Regionen und Bundesländern neue Impulse geben, was die Förderung der Mobilität, Ausbildungspartnerschaften, aber auch die Entwicklung gemeinsamer Innovationscluster oder Kompetenznetzwerke angeht.²²

Diese nicht abschließende Aufzählung zeigt, dass es eine Reihe erfolgversprechender Ansätze gibt und dass beide Partner ge-

meinsam einiges einzubringen haben in die Fortentwicklung des Standorts Europa. Allerdings ist die Glaubwürdigkeit und die Mehrheitsfähigkeit deutsch-französischer Initiativen durch die „Champions“-Affäre beeinträchtigt worden. Der Rückfall in die Mottenkiste veralteter Industriepolitik à la française macht das Plädoyer für eine aktive,

moderne EU-Industriepolitik für das 21. Jahrhundert bei den europäischen Partnern nicht eben attraktiv. Es bleibt zu hoffen, dass beide Partner auch auf diesem Gebiet schnellstens zu jener Form der Zusammenarbeit zurückfinden, die – muss man schon sagen, einst? – der EU wiederholt notwendige Impulse verliehen hat.

-
- 1 Vgl. dazu ausführlich: Le roman d'une OPA. In: „L'Expansion“ Nr. 686, Mai 2004, S. 108–114 ; ferner *Johannes Thomas* über „Französisch (-deutsche?) Industriepolitik“. In DOKUMENTE Nr. 3/2004, S. 53–56.
 - 2 Vgl. dazu „Le Figaro“, 10.6.2004.
 - 3 L'Europe en panne de champions. In: „Les Echos“, 28.6.2004, S. 3.
 - 4 Vgl. zum Beispiel die detaillierte Studie des Commissariat général du Plan: Mondialisation et recomposition du capital des entreprises européennes. Paris, Dezember 2003, besonders Kap. 4, S. 93ff.
 - 5 Vgl. dazu das lesenswerte Dossier in der Zeitschrift des französischen Industrieministeriums: „Industries“, Dezember 2003/Januar 2004, S. 9–21; Zahlen S. 14. Zugänglich unter www.industrie.gouv.fr/accueil.htm.
 - 6 Vgl. dazu ausführlich das Dossier in der „Frankfurter Rundschau“ vom 4.6.2004.
 - 7 Vgl. dazu ausführlich „Les Echos“ vom 7.6.2004, sowie *Johannes Thomas*, a.a.O. (Anm. 1).
 - 8 Vgl. Commissariat général du Plan, a.a.O. (Anm. 4).
 - 9 La nouvelle nationalité de l'entreprise. Rapport du groupe présidé par *Jean-François Bigay*. Paris, Commissariat général du Plan 1999.
 - 10 Vgl. La nouvelle nationalité, a.a.O. (Anm. 9); *Erik Izraelewicz*: Le capitalisme zin-zin. Grasset, Paris 1999.
 - 11 Interview in der „Financial Times“ vom 9.6.2004.
 - 12 *Nicole Fontaine / Georg Wilhelm Adamowitsch*: Faire de l'Europe l'ingénieur de sa propre croissance! In: „Les Echos“, 19.1.2004, S. 15.
 - 13 Vgl. „Industries“, a.a.O., (Anm. 5), S. 10.
 - 14 Gemeinsamer Brief von Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, Präsident *Jacques Chirac* und Premierminister *Tony Blair* an die griechische Ratspräsidentschaft, veröffentlicht am 5.2.2003 vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
 - 15 Gemeinsamer Brief von Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, Präsident *Jacques Chirac* und Premierminister *Tony Blair* an den Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident *Bertie Ahern*, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, *Romano Prodi*, zit. nach: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 18.2.2004.
 - 16 Déclaration conjointe des Chefs d'État et de gouvernement à l'occasion du conseil des ministres conjoint du 18 septembre 2003: L'Allemagne et la France, ensemble pour plus de croissance en Europe.
 - 17 Vgl. die Zusammenfassung der Interventionen in: Premières rencontres franco-allemandes pour la compétitivité de l'industrie. Synthèse des débats. Zugänglich unter www.finances.gouv.fr/minefi/ministere/evenement/040119/synthese.pdf.
 - 18 Zu vielen der folgenden Punkte vgl. schon Commissariat général du Plan / Deutsch-Französisches Institut: Standortpolitik in der Globalisierung: deutsch-französische Perspektiven. Opladen, Leske und Budrich 2001. Die Nähe der Positionen zeigt sich auch in den regelmäßigen Debatten des von der ASKO EUROPA-STIFTUNG initiierten Deutsch-Französischen Dialogs, vgl. die ausführlichen Berichte unter www.saarbrueckerdialog.de.
 - 19 Vgl. Conseil d'analyse économique: Politiques industrielles pour l'Europe. Paris, La Documentation française 2000.
 - 20 Vgl. Déclaration commune (Anm. 17).
 - 21 Vgl. www.kompetenznetze.de.
 - 22 Zur Spannweite der Themen vgl.: Erstes Treffen der französischen Regionen und der deutschen Länder am 27.–28.10.2003 in Poitiers: Bericht der Arbeitsgruppen, o.O. 2003. Zu den Ansätzen im grenznahen Raum vgl. *Frank Baasner / Wolfgang Neumann*: Deutschland–Frankreich: Zusammenarbeit im grenznahen Raum von Mulhouse bis Saarbrücken. Eine analytische Bestandsaufnahme. dfi compact, Ludwigsburg, in Vorb.